

## **Die Misstände beim Asylwesen müssen endlich behoben werden**

Die neusten Zahlen im Asylwesen zeigen einmal mehr einen Anstieg der Asylgesuche. So wurden im Juli 2011 1742 Asylgesuche eingereicht, vor allem von Asylbewerbern aus Tunesien, Nigeria und Eritrea. Dies sind 4% mehr als im Juni 2011. Was mich aber vor allem beunruhigt, ist die Tatsache, dass sich das Verhalten vieler Asylbewerber in unserem Land oft gegen unsere Gesetze wendet, ohne dass dies kriminellen Ausländer einschneidende Massnahmen befürchten müssen. In St. Gallen haben letzthin Asylbewerber aus Nigeria Polizisten angegriffen und verletzt.

In vielen Asylbewerberzentren herrscht reger Drogenhandel, und sie sind Umschlagplätze für Drogengelder. Obwohl den Behörden bekannt ist, dass Asylbewerberzentren als Unterschlupf für Kriminelle missbraucht werden, sind Kontrollen, Überwachungen und allfällige Sanktionen ungenügend. Werden solche Misstände publik gemacht, wie dies T.I., der Wächter des Durchgangszentrums Brünig schliesslich nach zwei Jahre erfolgloser Interventionen bei den Behörden gemacht hat, wurde ihm gekündigt. Es ist inakzeptabel, dass er jeweils nachts alleine für über 50, zum Teil kriminelle Insassen verantwortlich war. Er musste miterleben, wie Drogen abgepackt und im und um das Haus (vor allem beim Bahnhof) Drogengeschäfte abgewickelt wurden. Obwohl er mehrmals beim Leiter, dem Geschäftsführer und der Polizei die unhaltbare Situation gemeldet hatte, wurde gegen die vor allem nächtlichen Diebestouren oder Drogengeschäfte nichts unternommen. T.I. wurde sogar verboten, die Zimmer der kriminellen Ausländer zu betreten; die Wahrung der Privatsphäre stand über der Sicherheit und der Glaubwürdigkeit unseres Rechtsstaates! Die Eingangstüre und die vier Notausgänge waren Tag und Nacht geöffnet, Ausgang hatte jedermann zu jeder Zeit.

Erst auf Druck der Bevölkerung fand im Dezember 2010 endlich eine Drogenrazzia statt. Bei der Hausdurchsuchung wurden Bargeld und Drogen gefunden. Es gab 13 Anzeigen wegen Widerhandlung gegen das Betäubungsmittel- und Ausländergesetz. 6 Personen wurden in Ausschaffungshaft gesetzt und eine zur Verhaftung ausgeschriebene Person wurde dem Strafvollzug zugeführt.

Trotz diesem Erfolg des Sonderkommandos Enzian der Kantonspolizei Bern, kann nicht Entwarnung gegeben werden. Denn ich stelle fest, dass im Asylbereich zu viele Personen tätig sind, welche die Augen vor den Tatsachen verschliessen, anstatt dass die bisherigen Bankrott-erklärungen von konsequentem Umsetzen unserer Gesetze abgelöst werden.

Dass sich nun auch rote und grüne Politiker für eine Schliessung des Asylzentrums auf dem Brünig einsetzen, kann als durchsichtiger "Wählerfang" für die Nationalratswahlen betrachtet werden. Auch wäre eine dortige Schliessung nur eine Symptombekämpfung. Es müssen klare Verhaltensregeln wie zum Beispiel tagsüber begleiteteter und nachts keinen Ausgang durchgesetzt und nicht Asylzentren von einem Ort zum anderen verschoben werden.

Asylgesuche sollten unbedingt in drei Monaten bearbeitet werden.

Auch die Schlupflöcher für Drittstaatseinwanderer, die in der Schweiz Arbeit suchen, müssen restriktiv bekämpft werden. Hier zeigt sich, dass das Dubliner Übereinkommen kläglich versagt. Immer öfters kommen heute Asylbewerber, die nicht an Leib und Leben bedroht sind, sondern die sich ein besseres Leben in der Schweiz erhoffen. über 60% der Personen im Asylprozess in der Schweiz sind sogenannte vorläufig Aufgenommene und leben mit diesem Status jahrelang in der Schweiz. Grosse Probleme haben wir auch mit jenen Asylbewerbern, die kein Anrecht auf Asyl haben, aber nicht in ihr Heimatland zurück geschickt werden können. Hier muss endlich eine Lösung gefunden werden. Dieses "Schlupfloch" nutzen vor allem sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge. Es darf nicht sein, dass ein vorläufig Aufgenommener bereits nach 5 Jahren eine Aufenthaltsbewilligung beantragen kann.

Diese Missbräuche unseres Asylwesens müssen konsequent bekämpft werden; die Asylinitiative war ein wichtiger Schritt dazu. Nun gilt es, diese Forderungen der Initiative umzusetzen. Dazu braucht es bürgerliche Politiker und Politikerinnen mit Rückgrat. Gerne würde ich auch meine Erfahrung als Polizistin an der Front für weitere vier Jahre im Nationalrat einbringen.

*Andrea Geissbühler, Herrenschwanden*  
Polizistin und Nationalrätin SVP des Kantons Bern